Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/4330

A14

07. 12. 2020

Aktenzeichen
4134 - III. 1
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin: Frau Dr. Heidel
Telefon: 0211 8792-308

67. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 09.12.2020
TOP „Lagebild Paralleljustiz"

Anlage
1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

als Anlage übersende ich den Bericht der Landesregierung zu dem vorbezeichneten Tagesordnungspunkt zur Weiterleitung an die Mitglieder des Rechtsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen

67. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 9. Dezember 2020

Schriftlicher Bericht zu TOP

„Lagebild Paralleljustiz“

Mit dem vorliegenden Bericht der Landesregierung erfolgt die mit Anmeldungsschreiben vom 27. November 2020 erbetene Unterrichtung zu dem vorbezeichneten Tagesordnungspunkt.

a)
Die Fertigstellung des angesprochenen Lagebildes ist noch nicht erfolgt.

b)
Im Zusammenhang mit der Erstellung eines Lagebildes wurde am 09.07.2018 ein Forschungsauftrag an Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Mathias Rohe erteilt. Gegenstand dieses Auftrags ist eine Auseinandersetzung mit familienrechtsrelevanten Problemen im Zusammenhang mit außergerichtlicher Konfliktbeilegung jenseits des geltenden rechtlichen Rahmens („Paralleljustiz"). Das Gutachten liegt vor. Eine Schlussrechnung ist noch nicht gestellt. Die voraussichtlichen Kosten betragen 46.000 EUR netto. Daneben besteht eine enge Kooperation mit den Max-Planck-Instituten für ethnologische Forschung in Halle/Saale und zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht in Freiburg. Die sich aus dieser Forschungskooperation ergebenden Erkenntnisse werden ebenfalls in das zu erstellende Lagebild einfließen. Eine Honorarverpflichtung gegenüber den Max-Planck-Instituten besteht nicht. Ein Abgabetermin lässt sich derzeit nicht verlässlich benennen.